

Stellungnahme der UWG-Fraktion im Rat der Stadt Meckenheim zur Resolution „Unterfinanzierung der Kommunen in NRW“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Ratskolleginnen und -kollegen,

dass die UWG-Fraktion sich bei der Einbringung der Resolution zum Thema „Unterfinanzierung der Kommunen in NRW“ enthalten hat, bedeutet nicht, dass wir den Ernst der Lage verkennen. Meckenheim muss sich – genauso wie viele andere Kommunen in NRW und ganz Deutschland - in der kommenden Zeit einer sehr schwierigen finanziellen Lage stellen, die nach unserem Verständnis in weiten Teilen nicht durch Versäumnisse der lokalen Verwaltungen oder der Kommunalpolitik verursacht wurde. Sie ist vielmehr Ergebnis einer über viele Jahre zum Nachteil der Kommunen durch die jeweils regierenden Parteien betriebenen Landes- und Bundespolitik. Deswegen kann die Situation auch nur auf dieser Ebene verbessert werden.

Als UWG Meckenheim ist es unser Anspruch, dort aktiv zu werden, wo wir mit kommunalpolitischen Möglichkeiten und Mitteln direkt und ohne Abhängigkeiten von übergeordneten Ebenen zum Wohle Meckenheims beitragen können. Im konkreten Fall hat der Rat der Stadt Meckenheim weder über Beschlüsse noch über Resolutionen irgendeinen bindenden Einfluss auf Entscheidungen, die in Düsseldorf oder Berlin getroffen werden. Daher haben wir uns an der Einbringung der Resolution nicht aktiv beteiligt.

Unabhängig davon begrüßen wir aber, dass die im Rat vertretenen Fraktionen der bundes- und landespolitisch aktiven Parteien endlich erkannt haben, dass ihre übergeordneten Vertreter dringend aktiv werden müssen, um die Kommunen vor dem finanziellen Kollaps zu bewahren. Auch der UWG-Fraktion ist sehr daran gelegen, dass der kommunale Gestaltungsspielraum nicht noch weiter eingeschränkt wird. Wenn die Kommunalpolitik nur noch Pflichtaufgaben verwaltet und kein Wettbewerb der Ideen mehr stattfinden kann, schädigt das nachhaltig das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unsere Institutionen vor Ort. Wir werden der Verabschiedung der Resolution daher nicht im Wege stehen.

Eine letzte Bemerkung sei mir noch erlaubt:

Geld wächst nicht auf Bäumen – nicht in Meckenheim, nicht in Düsseldorf und auch nicht in Berlin. Am Ende des Tages bezahlen die Unternehmen und die Bürgerinnen und Bürger über ihre Steuern die Zeche, egal ob an die Stadt Meckenheim, das Land oder den Bund. Bei allen Forderungen, die wir stellen, kann es nach unserem Verständnis daher nur um eine gerechtere Verteilung der vorhandenen knappen Mittel für die derzeitigen Aufgaben gehen, wenn wir nicht schon wieder Mehrbelastungen herbeiführen wollen. Das sollte ehrlich kommuniziert werden, statt neue Begehrlichkeiten zu wecken.